

EXPERT PAPER

Hüseyin Cicek

Türkische Außenpolitik und der Ukrainekrieg

März 2022



E·I·C·T·P

Gegenwärtig versucht die Türkei im Krieg zwischen Russland und der Ukraine eine Position der „aktiven Neutralität“ einzunehmen. Eine außenpolitische Haltung, die Ankara bereits seit 2014 verfolgt. Konkret bedeutet dies, dass Ankara beide Staaten nach ihren Möglichkeiten unterstützt. Die türkische Allianz mit der Ukraine ist wichtig, damit Ankara die geopolitischen Ambitionen Russlands drosseln kann. Vor allem die Okkupation der Krim wurde von der Türkei immer wieder heftig kritisiert, nicht nur weil die territoriale Integrität der Ukraine auf dem Spiel steht, sondern auch aufgrund der türkisch-politische Ambitionen, mit den seit 1989 entstandenen Turkstaaten stärkere politische und wirtschaftliche Allianzen zu schaffen. Das außenpolitische Vorgehen im Rahmen der „aktiven Neutralität“ soll auch dazu beitragen, dass sich die Beziehungen zu den westlichen Partnern – Nato, EU und USA – normalisieren. Gleichzeitig ermöglicht die politische Unterstützung Russlands durch die Türkei, dass die bilateralen Beziehungen und militärischen Allianzen (bspw. Syrien) nicht zu gefährden.

Hintergrund

Im Moment basiert die „aktive Neutralität“ darauf, dass die Türkei russischen Schiffen bzw. Kriegsschiffen das Passieren der türkischen Meerengen bedingt erlaubt. Sie beruft sich dabei auf den Artikel 19 des 1936 geschlossenen Montreux-Abkommens. Das Abkommen erlaubt Ankara Kriegsparteien am Schwarzen-See bzw. deren Kriegsschiffen das passieren der Meerengen zu verbieten. Dies war auch der wesentliche Grund, weshalb Ende Februar drei russischen Kriegsschiffen die Erlaubnis der Überquerung der türkischen Meerengen nicht genehmigt wurde. Der türkische Außenminister brachte diese Entscheidung Anfang März in verschiedenen türkischen Medien deutlich zum Ausdruck. Bereits am 24. Februar versuchte die Ukraine die Türkei zu überzeugen, dass sie die Meerengen für russische Kriegsschiffe schließen solle. Auf diese Anfrage reagierte die Türkei zunächst abwartend und entschloss sich erst am 28. Februar, als das russische Vorgehen als Krieg klassifiziert wurde, die Meerengen für Russland zu schließen. Ihr Zurückhalten legitimierte der türkische Präsident Erdoğan damit, dass die Türkei eine Eskalation des Konflikts verhindern wollte.

Erdoğan's Aussage scheint insofern interessant, weil Ankara bereits am 23. Februar Moskaus Vorgehen in den Regionen Luhansk und Donetsk scharf kritisierte und von einer

bevorstehenden Eskalation sprach. Ebenso wurde seitens der Türkei darauf hingewiesen, dass sie die Souveränitätsverletzungen der Ukraine durch Russland nicht hinnehmen werde. Am 28. Februar, also vier Tage nach der russischen Invasion, verwies Präsident Erdoğan darauf, dass die Türkei ihre Beziehungen mit den Kriegsparteien zugunsten Russlands oder der Ukraine nicht aufgeben werde. Offensichtlich möchte die Türkei die Beziehungen zu Russland nicht explizit gefährden, sondern vielmehr internationale oder EU-Sanktionen gegen seinen nördlichen Nachbarn unterstützen. Dies ist nicht weiter überraschend, da mehr als 56 % des türkischen Bedarfs an Getreide im Jahr 2021 von Russland gedeckt wurde. 52 % des türkischen Verbrauchs an Gas wird ebenso von Moskau zur Verfügung gestellt. Hinzu kommt auch, dass der russische Tourismus in den letzten Jahren stark angestiegen ist und zu einer wichtigen Einnahmequelle geworden ist. Auch die türkischen Interessen in Syrien, das Entstehen einer unabhängigen kurdischen Regionalregierung zu verhindern, konnte bisher mit russischer Zustimmung zur Zufriedenheit Ankaras realisiert werden. Gleichzeitig wurden in Libyen die Grenzen der Kooperation zwischen Russland und der Türkei deutlich.

Mögliche Implikationen für die türkische Außenpolitik

Für die türkische Außenpolitik stellte die Okkupation der Krim durch Russland schon eine nicht zu akzeptierende Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine dar. Die Türkei versuchte mit dem Hinweis, dass Moskau auf der Krim bewusst durch Menschenrechtsverletzungen gegen die tatarische (muslimische) Bevölkerung eine Art von politischer Säuberung betreibt, internationale Aufmerksamkeit für die Region zu gewinnen. Ebenso wurden der Ukraine und Georgien militärische Partnerschaften in Aussicht gestellt und Ankara ist bis heute ein starker Befürworter einer Aufnahme der genannten Staaten in die Nato. Dieses Vorgehen der türkischen Außenpolitik dient der regionalen Eingrenzung der russischen Macht. Wie stark die türkische Außenpolitik von Ambitionen geleitet ist, durch diese Aktionen ihre strategische Zugehörigkeit zum Westen zu demonstrieren, bleibt offen, weil gerade im syrischen Bürgerkrieg und später in Libyen die Türkei nicht davor zurückgeschreckt ist, jihadistische Söldnertruppen im Kampf gegen kurdische Gruppen einzusetzen und zu unterstützen.

Im Gegensatz zu anderen westlichen Ländern, entschied sich die Türkei nach der russischen Okkupation der Krim, sich nicht an Sanktionen gegen Moskau zu beteiligen. Auch wurde seitens der türkischen Politik die militärische Kooperation mit der Ukraine

heruntergespielt. Die Türkei war darauf bedacht, den nördlichen Nachbarn nicht zu verärgern und versicherte Moskau immer wieder, dass die militärische Zusammenarbeit nicht gegen einen Dritten – gemeint war Russland – zielen würde.

Am dritten Februar 2022 besuchte der türkische Präsident Erdoğan Kiew und unterzeichnete mit dem ukrainischen Präsidenten Zelensky ein Freihandelsabkommen und beschloss zudem ein Verteidigungsabkommen. Zu dieser Zeit schien die Möglichkeit eines Krieges zwischen Kiew und Moskau noch in weiter Ferne. Gleichzeitig wollte Präsident Erdoğan den ukrainischen und russischen Staatschef gemeinsam an einen Verhandlungstisch bringen, möglicherweise weil Ankara um die Zukunft der Beziehungen zu beiden Ländern fürchtete. Die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen dauerten mehr als zwölf Jahre. Das Abkommen ermöglicht der Ukraine einen uneingeschränkten Zugriff auf türkisch-militärische Abwehrtechnologien. Auch ein Abkommen über den weiteren Verkauf von türkischen Bayraktar TB2 Drohnen wurde zu Beginn des Februars 2022 beschlossen. Während die Türkei die notwendige Technologie liefert, soll die Hardware für die Drohnen, wie etwa die Motoren, in der Ukraine hergestellt werden. Verschiedenen Medienberichten zufolge hätten sich die Drohnen bereits mehrfach im Ukrainekrieg bewährt.

Ein wichtiger gegenwärtiger sowie zukünftiger Konfliktpunkt zwischen Moskau und Ankara zeigt sich somit in der militärischen Unterstützung der Ukraine und der Turkstaaten durch die Türkei. Im Moment versucht Präsident Erdoğan sein Vorgehen als „aktive Neutralität“ zu legitimieren. Diese Sichtweise wird, wie oben bereits erwähnt, durch die Effektivität der türkischen Drohnen im Kampf gegen die russische Armee in Frage gestellt. Ein weiterer Konfliktpunkt könnte entstehen, weil von der Türkei unterstützte syrische Rebellen (Jihadisten) auf ukrainischer Seite am Krieg gegen Russland teilnehmen. Russischen Medien zufolge, sollen sich Rebellen (Jihadisten) aus Idlib in Richtung Ukraine bewegen. Diese Kämpfer können den türkischen Korridor an der Grenze zu Syrien als möglichen Durchgang verwenden, damit sie rasch an den Kriegsschauplatz kommen. Gleichzeitig berichten türkische Medien, dass die syrische Regierung wehrfähige Männer für den russischen Krieg in der Ukraine rekrutiert.

Der Ukrainekrieg könnte den türkischen Interessen in Syrien dienlich sein, wenn Russland dadurch nicht mehr in der Lage wäre, das gegenwärtige Assad-Regime unterstützen zu können. Präsident Erdoğan klagt schon länger über den unzureichenden ideellen und militärischen Einsatz westlicher Verbündeter im Kampf gegen Damaskus. Die erneute

Aufnahme der Kämpfe durch islamistische Gruppen in Idlip und Aleppo gehen möglicherweise auf den Ukrainekrieg zurück, zumal sich Russland im Moment keine Ablenkung erlauben kann. Es bleibt abzuwarten, ob Präsident Erdoğan den Ukrainekrieg als Möglichkeit wertet, um in Syrien die politische Lage zu seinen Gunsten zu ändern.

Konklusion

Die türkische Außenpolitik der „aktiven Neutralität“ zielt darauf ab, dass sowohl Moskau als auch die westlichen Verbündeten Ankaras Vorgehen nicht verurteilen und es demnach akzeptieren. Deswegen hat sich die Türkei bisher nicht an Sanktionen gegenüber Russland beteiligt und ebenso den Luftraum für russische Flugzeuge nicht geschlossen. Ein Grund hierfür ist die wirtschaftliche Abhängigkeit der Türkei von Russland bzw. vom russischen Getreide, Gas, Tourismus etc. Im Moment ist noch unklar, wie weit Moskau das türkische Vorgehen zulassen bzw. akzeptieren will. Möglicherweise wartet Präsident Putin ab, dass die Türkei bzw. Präsident Erdoğan einen fatalen Fehler wie einst im Jahr 2015 begeht, als die türkische Luftwaffe einen russischen Jet abschoss und Moskau die Situation politisch geschickt nutzte, um in den folgenden Wochen eigene Luftabwehrsysteme zu verkaufen. Letzteres hatte natürlich negativen Einfluss auf die Beziehungen Ankaras mit ihren westlichen Verbündeten.

Präsident Erdoğan könnte den Ukrainekrieg auch nützen, um die Stimmung der türkischen Gesellschaft gegenüber dem Westen sowie der Nato weiter anzuheizen. Mit Blick auf die gegenwärtig schlechten Umfrageergebnisse für die Partei des Präsidenten und die bevorstehende Wahl 2023 ist dies eine mögliche Option. Vor allem weil türkische Medien und ein Teil der Öffentlichkeit der Überzeugung sind, dass sich in der Ukraine in Wirklichkeit der Westen und Russland kriegerisch gegenüberstehen. Wie sich die türkische Außenpolitik weiter entwickeln wird, hängt auch davon ab, ob der Ukrainekrieg negativen Einfluss auf die türkisch-russische Allianz in Syrien haben wird. In Libyen wurden die Grenzen sichtbar. Ob es im Rahmen des Ukrainekrieges ebenso dazu kommt, hängt davon ab, ob sich die Türkei dazu entschließt dem Nato-Kurs zu folgen oder davon abzuweichen und nach einer neuen Option der Kooperation mit Moskau zu suchen.